

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Florian Siekmann

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Uli Henkel

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Helmut Markwort

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**für ein Bayerisches Brexit-Übergangsgesetz (Drs. 18/266)**

**- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Deshalb erteile ich dem Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Staatsregierung bringe ich heute den Entwurf für das Bayerische Brexit-Übergangsgesetz ein. Ich gebe zu, dass ich das sehr ungern mache, weil damit eine europäische Entwicklung auf Landesebene nachgezeichnet wird, die wir uns eigentlich nicht wünschen, die nicht unserer Politik und nicht unserer Vorstellung von Europa entspricht. Wir wollen Europa in die Zukunft weiterentwickeln und nicht Teile der Integration der letzten sieben Jahrzehnte, mit all ihren Vorteilen für die Menschen in Europa, ein Stück weit zurücknehmen.

Gleichwohl sind wir natürlich Realisten. Wir müssen das Votum der Menschen im Vereinigten Königreich zur Kenntnis nehmen und uns natürlich unserer Verantwortung entsprechend bestmöglich auf die verschiedenen Konstellationen und Eventualitäten einstellen. Deshalb bringt die Staatsregierung heute das sehr kurze Brexit-Übergangsgesetz ein, das genau für die Konstellation gedacht ist, dass es doch noch zu dem zwischen der EU-Kommission und dem Vereinigten Königreich abgeschlossenen Brexit-Austrittsabkommen kommt.

Ich betone ganz ausdrücklich: Die Staatsregierung hält an dem genannten Austrittsabkommen selbstverständlich fest. Wir hoffen nach wie vor, dass ein ungeregeltes Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus der EU vermieden werden kann. Und wir sehen wie die Bundesregierung und auch andere EU-Partner jedenfalls derzeit noch keinen Anlass für erneute Verhandlungen im Sinne eines Aufschnürens des gefunde-

nen Kompromisses. Nach wie vor ist tatsächlich das Vereinigte Königreich, das dortige Unterhaus, die dortige Regierung am Zuge, einen Vorschlag über das weitere Prozedere zu unterbreiten, möchte man einen harten Brexit verhindern, so wie es unser Anliegen ist.

Deshalb schlagen wir dieses Übergangsgesetz für den Fall der Annahme des Austrittsabkommens vor. Letztlich hat es zum Inhalt, die Rechtsverhältnisse für den zweijährigen Übergangszeitraum, der im Austrittsabkommen vorgesehen ist, im Grunde genommen beim Alten zu lassen, bis auf das kommunale passive und aktive Wahlrecht. Das Gesetz ermöglicht es dann in dieser Phase der beiden Jahre, die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU in vernünftiger Weise zu regeln.

Das halten wir für notwendig; denn – ich betone es nochmals – das Vereinigte Königreich ist für uns, für Bayern, seit jeher ein ganz wichtiger Partner, ein vertrauenswürdiger, ein guter Partner in allen relevanten Bereichen, sei es die Wirtschaft, sei es die Forschung, sei es die Wissenschaft, seien es die starken Handelsbeziehungen. Das Beispiel ist mittlerweile bekannt: Allein für BMW fahren täglich 100 Lkw nach Großbritannien und 100 von dort wieder zurück. Das zeigt sehr deutlich, wie eng wir miteinander verbunden sind.

Gleichzeitig aber – das möchte ich an der Stelle nicht vergessen – müssen wir uns auch darauf einstellen – und das ist leider momentan der wahrscheinlichere Fall –, dass es eben nicht zu dem geregelten Brexit kommt, sondern zu dem No-Deal-Brexit mit den wirklich sehr unerfreulichen Folgen: nämlich mit einem gewaltigen historischen Rückschritt. Wir würden dann dem Vereinigten Königreich gegenüberstehen wie einem Drittstaat. Unsere Handelsbeziehungen würden vom gut integrierten Binnenmarkt auf WTO-Standards zurückfallen. Die britischen Staatsbürger sind dann über Nacht Drittstaatsangehörige. Datenaustausch mit dem Vereinigten Königreich, gerade was die wichtigen Themen der Sicherheit in Europa betrifft, würde in der bisherigen Form nicht mehr stattfinden, wäre verloren.

Das bedeutet also: Wir müssen uns bei allem Bedauern auch mit dieser Option, mit dieser doch relativ wahrscheinlichen Variante intensiv auseinandersetzen. Gestern hat die Staatskanzlei im Europa-Ausschuss über all diese Dinge im Detail gut berichtet, sodass man das hier jetzt nicht ausführen muss. Ich will aber betonen, dass es in erster Linie nicht um gesetzgeberische Dinge, sondern gerade um die verwaltungsmäßige Vorbereitung auf allen Ebenen geht, damit es beispielsweise keine Versorgungsengpässe im Bereich der Pharmazie gibt, bei der Versorgung mit Medikamenten, und Ähnliches. Dafür ist Vorsorge getroffen. Aber wir appellieren natürlich auch an die Unternehmen, sich auf diese Situation einzustellen.

Ich muss heute also wirklich einen nicht sehr erfreulichen Gesetzentwurf einbringen. Ich tue es trotzdem, weil wir uns auf diese Situation einstellen müssen, und möchte betonen, dass die europäische Integration für uns nach wie vor ein wichtiges Zukunftsprojekt ist. Bayern liegt im Herzen Europas, und wir haben Europa im Herzen. Deshalb ist unser Bekenntnis zur europäischen Integration unverrückbar. Der Brexit ist nach wie vor ein historischer Fehler, ein zivilisatorischer Rückschritt für die gesamte europäische Entwicklung. In Europa sind alle Kräfte aufgefordert, aus der Situation das Bestmögliche zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Florian Siekmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der 29. März rückt näher – das Datum, an dem erstmals ein Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen wird. Der von Populismus und vom Willen zur Spaltung getriebene Brexit hat Großbritannien in eine tiefe Krise gestürzt. Er hat das gesamte Land tief gespalten, quer durch Regionen, Parteien und Familien. In diesem Chaos scheint es derzeit im britischen Parlament für nichts und gegen alles Mehrheiten zu geben.

Welche Szenarien liegen auf dem Tisch? – Der Herr Staatsminister hat es angesprochen. Auf dem Tisch liegt ein ausgehandelter Vertrag, der derzeit im Parlament nicht die nötige Mehrheit findet. Gleichzeitig kann in Großbritannien das Parlament genauso wenig sagen, welche Änderungen es denn möchte, damit man diesem Vertrag zustimmen könnte. Will es einen No-Deal, dessen Folgen schwer abzusehen sind und der den Menschen wie den Unternehmen große Sorgen bereitet, ein zweites Referendum und gegebenenfalls einen Rücktritt vom Austritt, wenn dies auch ein unwahrscheinliches Szenario ist, oder eine Verlängerung der Austrittsgespräche mit ungewissem Ausgang, also No-Deal, Vertrag oder eben doch ein Referendum? – Auf all diese Szenarien müssen wir uns, die Menschen, die Unternehmen und den Staat hier in Bayern, vorbereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das vorgelegte Gesetz deckt das erste Szenario ab. Im Fall der Ratifizierung des Austrittsabkommens würde eine mindestens zweijährige Übergangsphase beginnen. In dieser Phase würde sich im Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU erst einmal wenig ändern. Ziel der Phase wäre es natürlich, die weitergehenden Beziehungen auszugestalten.

Für uns ist klar: Großbritannien soll auch nach dem Austritt Nachbar und Partner der EU bleiben. Klar ist aber auch, dass ein Drittstaat nicht alle Vorteile der EU genießen kann, ohne die Pflichten der Union mitzutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die über 100.000 in Deutschland lebenden britischen Bürgerinnen und Bürger, davon ein erheblicher Anteil in Bayern, müssten bei Annahme des Vertrags zunächst einmal mit keinen wesentlichen Einschränkungen rechnen. Allerdings würden sie ihr Kommunalwahlrecht verlieren, wie im Austrittsvertrag vorgesehen. Wer aber in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, hier arbeitet, studiert oder einer Ausbildung nachgeht,

sollte wenigstens auf kommunaler Ebene die Möglichkeit haben, an Wahlen und Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So machen es beispielsweise Schweden, Dänemark und Finnland, und so sieht es auch ein Beschluss des Europarats aus dem Jahre 1992 vor. Eine lebendige Demokratie lebt von politischer Teilhabe. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-Unionsbürgerinnen und -bürger geöffnet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die EU-27-Staaten müssen in den nun bevorstehenden Gesprächen wie in den bisherigen Verhandlungen geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen. Diese europäische Geschlossenheit darf keine Randerscheinung des Brexit bleiben. Wir brauchen für die bevorstehende Herausforderung auf europäischer Ebene in Brüssel, Berlin und Bayern eine europäische Haltung, die einen gemeinsamen europäischen Geist atmet und auf allen Ebenen eine europäisch ausgerichtete Politik vorantreibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden wie angesprochen den weiteren Verlauf der Gespräche und die Vorbereitungen auf ein No-Deal-Brexit-Szenario im Europaausschuss intensiv begleiten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich hatte vergessen zu erwähnen, dass die Aussprache eine Gesamtlänge von 25 Minuten hat. Die Redezeiten wurden im Ältestenrat vereinbart. – Als Nächster hat Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU das Wort.

**Dr. Franz Rieger (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit bangem Blick schauen wir nun seit Wochen über den Ärmel-

kanal und hoffen alle, dass die Briten doch noch einen guten Austritt schaffen. Doch die Lage ist, wie Sie alle wissen, diffus. Das ausgehandelte Abkommen wurde vom britischen Unterhaus abgelehnt. Wir alle sind nun von der innenpolitisch destruktiven Lage in Großbritannien abhängig. Jetzt bringen die Briten sogar noch eine Zollunion ins Gespräch. Es bleibt alles, wie es ist, nämlich unübersichtlich. Man kann darüber nur spekulieren, was Ende März passiert, wie es dann aussieht.

Wir können uns – zusammengefasst – nur auf zwei Fälle vorbereiten: erstens, auf den weichen Brexit anhand des ausgehandelten Abkommens und zweitens, auf den harten Brexit ohne Abkommen. Hoffen wir alle, dass auf der anderen Seite des Ärmelkanals noch Vernunft einkehrt. Hoffen wir, dass die Briten selbst erkennen, welche desastriösen Konsequenzen ein harter Brexit für ihr Land hätte. Für den Fall, dass doch noch ein weicher Brexit aufgrund des ausgehandelten Abkommens kommt, brauchen wir aber eine schlanke, wirksame Vorkehrung. Der Herr Staatsminister hat es schon gesagt.

Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb dieses Brexit-Übergangsgesetz vorgelegt, das genau das umsetzt. Das heißt: Für den Übergangszeitraum bis 2020 würde Großbritannien bei Anwendung aller Rechtsvorschriften und Rechtsnormen genauso wie jeder andere EU-Mitgliedstaat behandelt. Damit wäre ein reibungsloser Ablauf gewährleistet. Allerdings gibt es für den Übergangszeitraum eine Ausnahme, nämlich das Wahlrecht. Das Wahlrecht, speziell das Kommunalwahlrecht, gilt natürlich für Staatsangehörige eines ausgetretenen Mitgliedstaats nicht im gleichen Sinne wie für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Insgesamt schaffen wir mit diesem Gesetz Kontinuität, Berechenbarkeit und Rechtssicherheit für den geplanten Übergangszeitraum. Klar ist aber auch: Wir müssen uns genauso für einen harten Brexit rüsten. Im Falle eines unregelmäßigen Austritts wären keine Änderungen im Landesrecht notwendig. Dann wäre Großbritannien wie jeder andere Drittstaat zu behandeln. Dafür gibt es bereits Regelungen.

Drittens müssen wir aber auch im Vollzug und in der Praxis reagieren. Die bayerische Wirtschaft und die Kammern arbeiten bereits längst intensiv an den Vorbereitungen für einen harten Brexit. Dabei unterstützt sie die Staatsregierung, speziell das Wirtschaftsministerium, enorm. Auch Bayerns Verwaltungen müssen natürlich gut gerüstet sein. Ich nenne hier nur einige wenige wichtige Bereiche, etwa das Aufenthaltsrecht, die Wirtschaft, die Landwirtschaft, die innere Sicherheit, die Forschung, die Veterinärverwaltung und die gesamte pharmazeutische Überwachung. Zudem müssen und sollen die Bürgerinnen und Bürger praktische Informationen rund um den Austritt und seine Folgen zur Verfügung haben. Die Staatsregierung trifft bereits jetzt die dafür notwendigen Maßnahmen. Der Ministerrat hat die Vorbereitungen letzte Woche auf den Weg gebracht.

Wir bereiten uns also in Bayern auf beide Szenarien vor: auf einen geregelten Brexit ebenso wie auf einen unregelmäßigen Brexit. Mit dem vorliegenden Brexit-Übergangsgesetz werden alle notwendigen Vorkehrungen für einen weichen Brexit getroffen. Wir hoffen, dass dieses Gesetz zur Anwendung kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nächster Redner ist Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** (Beitrag nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines eint wohl in dieser Stunde die meisten Redner hier am Podium: Wir bringen dieses Gesetz sehr, sehr ungern ein und bedauern den Brexit. Der Brexit ist und bleibt ein historischer Fehler. Das muss man in dieser Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Vater sage ich Ihnen auch: Ich habe in Sachen Brexit manchmal ein bisschen väterliche Gefühle dahin gehend, dass ich das Vereinte Königreich beim Brexit mit mei-

nem jüngsten Sohn vergleiche, der mit ein, zwei Jahren am Spielplatz den Großen nacheifern und alleine eine Leiter hochsteigen wollte. Er wollte es alleine schaffen, konnte es aber noch nicht, und probierte es trotzdem. Solange ich als Vater sehe, dass nichts passieren kann, weil Sand unter dem Klettergerüst ist, lasse ich das zu und lasse ihn diese Erfahrung machen. Nun ist der Brexit leider Gottes kein Spielplatz, und ich bin zum Glück nicht der Vater von Frau May oder Herrn Johnson oder anderen Akteuren. Wir erleben aber das Gleiche: Jemand will auf eine Leiter steigen, und er wird herunterfallen, er wird auf die Schnauze fallen. Das ist sehr schade. Das ist sehr tragisch. Wir können das aber nicht verhindern.

Der Brexit ist und bleibt ein Schmarrn, auf gut Bayerisch gesagt. Der Freistaat Bayern bereitet sich trotzdem so gut darauf vor, wie er es kann. Das Brexit-Übergangsgesetz ist eine sehr gute Grundlage für einen weichen Brexit. In vielen Gesprächen im Ausschuss, in der Staatskanzlei und in verschiedenen Ministerien habe ich festgestellt: Mit dem Gesetz sind wir auf einen weichen Brexit vorbereitet. Wir bereiten uns aber auch auf einen harten Brexit vor. Diesen können wir nicht in ein Gesetz fassen. Wir müssen uns anderweitig darauf vorbereiten. Wir befinden uns im Kontakt mit der Wirtschaft und den Bürgern, auch mit den britischen Bürgern in Bayern. Hier in Bayern soll es keinen Brexit-Verlierer geben. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir können, müssen und dürfen bis zum Ende der Frist sagen, dass der Brexit noch nicht vollzogen ist. Ich bin ein überzeugter Europäer und weltoffener Bayer. Solange der Brexit nicht vollzogen ist, glaube ich noch nicht daran. Wir haben noch 44 Tage. Ich will diesen Brexit nicht. Ich werde alles dafür tun, dass dieser Brexit nicht erfolgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

– Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Sie wollen auch den Dexit. Sie werden schon sehen, wo Sie damit landen. Vom Dexit zu sprechen, ist ein noch größerer Unsinn, als den Brexit gutzuheißen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Erlauben Sie mir am Ende meiner Ausführungen, einige Worte an unsere britischen Freundinnen und Freunde zu richten: It's still time to exit the Brexit! Please stay with us! Be Europe Together!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Uli Henkel von der AfD das Wort.

**Uli Henkel (AfD):** Verehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Das von der Regierung vorgelegte Brexit-Übergangsgesetz regelt ganz unspektakulär, dass im Übergangszeitraum bis Ende 2020, mit Ausnahme des Wahlrechts und der Wählbarkeit von britischen Unionsbürgern bei Gemeinde- und Landkreiswahlen, eigentlich alles so bleiben soll, wie es ist. Spätestens Ende 2020 ist dann aber wirklich Schluss mit der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs. Nein, die AfD trägt keine Schuld daran, auch wenn viele von uns dies als einen Akt der Wiedererlangung der Souveränität der Briten goutieren, die nicht mehr daran geglaubt haben, dass diese EU auf den richtigen Weg zurückfindet. Und: Ja, wir respektieren dieses Votum.

(Beifall bei der AfD)

Sollen wir uns nun darüber freuen? – Ich weiß nicht, wie wir uns angesichts dieses Scherbenhaufens freuen sollen. Hoffnung macht dieser beherzte Schritt des Königreichs aber allemal; denn nun sehen die Menschen in der EU, dass Artikel 50 eine faktische Option sein kann. Als Exportnation können wir sicherlich nicht uneingeschränkt zufrieden sein. Als Nettozahler können wir nicht über den Austritt eines der wenigen anderen echten Nettozahler glücklich sein. Aber wir können darauf hoffen, dass nun der Druck im Hinblick auf die dringlichst erforderlichen Reformen steigt, vor allem deshalb, weil inzwischen in vielen europäischen Mitgliedsländern deutlich kritischere Regierungen – Sie würden sagen "Populisten" – am Ruder sind.

Ob dieser Schritt dem Vereinigten Königreich wirtschaftlich zum Vorteil gereichen wird? – Sicher ist nur, dass man sich dort nun vom Diktat Brüssels befreit hat. Warum aber musste es überhaupt so weit kommen? – Jeder, der so wie ich auf Reformen gehofft hatte, ist stets nur enttäuscht worden. Welcher vernünftig denkende Bürger möchte einen undemokratischen, supranationalen, eigenmächtig handelnden Verwaltungsmoloch, der sich in alles einmischt und aus der Ferne schlecht regelt, was vor Ort viel besser gelöst werden könnte? Wer kann sich denn ernsthaft eine Vergemeinschaftung der Schulden, der Arbeitslosen- und Krankenversicherungen etc. wünschen oder gar eine EU-Armee unter französischer Führung?

Statt ein Moratorium einzulegen, lässt sich die EU von einem Sozialisten geradezu vor sich hertreiben. Und Macron steht hier nur stellvertretend für die vielen egoistischen Partikularinteressen der einzelnen Mitglieder dieser EU. So wird zwar nicht Europa, aber die EU scheitern. Charles de Gaulle hat einmal gesagt: Staaten haben keine Freunde, sie haben nur Interessen. So wird niemand die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn, die Polen oder die Balten davon überzeugen, geschweige denn zwingen können, Afrikaner oder Muslime aufzunehmen, egal, ob Ihnen das nun gefällt oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Wenn die EU nicht schleunigst auf den Brexit reagiert und endlich die richtigen Konsequenzen zieht, werden wir wohl auch noch den Austritt anderer Mitgliedstaaten erleben müssen. Wir werden dann sehen, wie vielleicht ein hoch verschuldetes Italien aus dem Euro flieht und uns mit Target-Salden in Millionenhöhe zurücklässt. Nicht "noch mehr EU" ist der also der Schlüssel zur Lösung, sondern nur das Eingeständnis dieses Irrwegs. Ja, wir haben nun seit bald 75 Jahren Frieden. Ich gelange aber mehr und mehr zur Überzeugung: nicht wegen, sondern trotz dieser EU. Das kann auch so weitergehen. Weder werden uns die Briten attackieren, noch trachten die verbleibenden EU-Mitglieder danach, die Insel zu erobern. Earl Grey, After Eight und Mr. Bean werden also auch weiterhin den Weg zu uns finden.

Ich komme zum Schluss: Ja, vielleicht müssen die Briten in den nächsten Dekaden mit Einbußen rechnen. Sie haben jetzt aber immerhin die Chance, friedliebend mit ihren Nachbarn Handel zu betreiben, ohne sich den neuen Zeitgeist, der in Brüssel herrscht, gegen die eigene Lebensweise oktroyieren lassen zu müssen und,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Unsinn!)

auch das sei noch gesagt, ohne mit Menschen zwangsbeglückt zu werden, die das Vereinigte Königreich keinesfalls auf Druck von außen aufnehmen und alimentieren möchte. Das ist ein durchaus nicht zu unterschätzender Vorteil dieser Brexit-Entscheidung, um die wir die Engländer eines Tages vielleicht noch beneiden werden.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD kann sich deshalb dem Antrag der Staatsregierung anschließen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der Bayerische Landtag macht heute nicht mehr und nicht weniger als seine legislativen Hausaufgaben in Erster Lesung. Was andere Landtage wie die von Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits zum Jahreswechsel erledigt haben, vollziehen wir heute, rechtzeitig vor dem 29. März. Auch der Deutsche Bundestag hat ein sogenanntes Übergangsgesetz beschlossen. Daraus geht hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs im Freistaat Bayern nach Landesrecht zumindest bis zum Jahreswechsel 2020/2021 noch wie EU-Bürgerinnen und EU-Bürger behandelt werden.

Andere Bundesländer haben sich in der Verwaltung und in der Exekutive sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was zu tun und was zu lassen ist. Dabei geht es

beispielsweise um die Frage, welche Auswirkungen der Brexit auf die Hochschullandschaft in den Bundesländern hat. Ein britischer Student, der an der Ludwig-Maximilians-Universität studiert, wird am 30. März vor verschiedenen Fragen stehen: Muss ich mich neu einschreiben? Hat das Stipendium, das ich bekommen habe, noch Gültigkeit? Meine Krankenversicherung aus England gilt nicht mehr; an welche Behörden kann ich mich wenden? – Das sind Fragen der Verwaltung, der Exekutive. Wir erledigen heute unsere legislativen Hausaufgaben. Dafür ist es auch höchste Zeit.

Gestatten Sie mir, auf einige Punkte von Herrn Henkel zu antworten, ohne dass ich über jedes Stöckchen springen will, das die AfD uns hinhält. Lieber Herr Henkel, ich habe den Eindruck, Sie haben das Zusammenwirken in Europa nicht im Geringsten verstanden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie verstehen nicht, dass der Freistaat Bayern wie kaum ein anderer Landstrich auf dem europäischen Kontinent von der europäischen Idee profitiert. Als siebtgrößte Volkswirtschaft sind wir davon abhängig, dass wir nahezu jedes zweite Produkt, das bei uns hergestellt wird, insbesondere in das europäische Ausland exportieren können. Sollten die Grenzen dichtgemacht werden, wie Sie das fordern, sollte die europäische Idee den Bach heruntergehen, was Sie begrüßen, und sollten andere Nationen wie die Holländer oder die Franzosen es den Briten nachmachen, wird unser Wohlstand den Bach hinuntergehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben nach 75 Jahren in Frieden Zweifel, ob tatsächlich die europäische Einigung dafür verantwortlich ist, dass wir auf unserem Kontinent seit über sieben Jahrzehnten Frieden haben. Sie stellen diesen Umstand sogar in einen Gegensatz zur Europäischen Union. Damit treten Sie tatsächlich das rhetorische Erbe eines Viktor Orbán an. Sie machen sich auf den Weg derer, die die Nationalisten auf dem europäischen

Kontinent unterstützen. Das zerstört am Ende nicht nur den Frieden, sondern das Zusammenleben der Menschen überall auf unserem Kontinent.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich heute anlässlich dieses rein technischen Gesetzes ein wenig Selbstkritik im Bayerischen Landtag zum Ausdruck bringen. Ich finde es bedauerlich, dass unsere Parteifreunde der Labour Party nicht von Anfang an in Großbritannien einen proeuropäischen Kurs verfolgt haben.

(Zurufe von der AfD)

Das ist ein großer historischer Fehler, den die Briten – Herr Henkel, Sie haben es selbst gesagt – über Dekaden wirtschaftlich spüren werden. Sie spüren die große Freiheit, aber in Wahrheit spüren sie die Unfreiheit des wirtschaftlichen Abschwungs, den sie selbst beschrieben haben. Ich bedauere, dass meine Parteifreunde nicht anders agiert haben.

Ich möchte aber auch kritisch in die Reihen der Konservativen in Bayern sagen: Es war ein Fehler, David Cameron zur CSU-Klausurtagung wenige Monate vor dem Brexit-Referendum einzuladen. Frau Hasselfeldt, Herr Söder und Herr Seehofer sagten übereinstimmend, was der britische Rosinenpicker formuliert habe, sei CSU-Politik pur. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie sollten ein wenig Selbstkritik üben. Heute vergießen Sie Krokodilstränen darüber, dass wir legislativ dieses Gesetz beschließen müssen, obwohl Sie Cameron und seinen Europa-Austretern zugejubelt haben. Das ist der Sache heute nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der Schlussredner in dieser Debatte ist Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP.

(Zurufe von der CSU: Fakten! Fakten! Fakten!)

**Helmut Markwort (FDP):** Fakten gibt es wie immer. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung sind nur ein kleines Pflaster auf eine große Wunde. Sie hat ein harmloses Merkblatt verteilt, und sie regelt das Schicksal von britischen Staatsbürgern in Kommunalparlamenten. Das ist korrekt und ehrenwert, wird aber der Katastrophe Brexit nicht annähernd gerecht. Die bayerische Wirtschaft muss dramatische Schäden befürchten. Sie braucht die Hilfe der Staatsregierung. Ich denke an den Landkreis Dingolfing-Landau.

Andere Länder profitieren von der Krise im Königreich. Von der Bayerischen Staatsregierung hören wir nichts. So melden etwa die Niederlande stolz den Zuzug von 42 britischen Unternehmen allein im Jahr 2018 an. Damit waren rund 291 Millionen Euro Investitionen verbunden und 2.000 neue Arbeitsplätze. Die Niederlande sammeln Unternehmen und hoch qualifizierte Arbeitsplätze, aber Bayern schläft. Nach dem Jahresbericht der niederländischen Agentur für Auslandsinvestitionen planen noch weitere 250 Unternehmen, wegen des Brexits in die Niederlande zu ziehen. Es sind Firmen aus den Bereichen Finanz, Medien und Logistik. Die Niederlande locken mit internationalen Schulen, mit dem Zugang zu medizinischer Versorgung und Arbeitsmöglichkeiten für die Ehepartner.

Aber auch andere Bundesländer waren aktiv. Von der Hessischen Landesregierung hören wir, dass sie oft in London für hessische Arbeitsplätze kämpft. Das Ergebnis muss Bayern beschämen. Wegen des Brexits werden alleine in Frankfurt bis zu 5.000 neue Arbeitsplätze entstehen. In Bayern könnte das Gegenteil eintreten. Deutsche Wissenschaftler haben die Folgen des harten Brexits durchgespielt. Ich hoffe, der Bayerischen Staatsregierung ist die Untersuchung bekannt. Darin steht zu lesen, dass besonders der niederbayerische Landkreis Dingolfing-Landau von der Brexit-Katastrophe betroffen sein könnte – an der Spitze aller betroffenen Landkreise in Deutschland. Tausende Arbeitsplätze sind dort gefährdet. Demgegenüber steht eine Umfrage, wonach sich ein Drittel der Fach- und Führungskräfte in Großbritannien vorstellen könnte, in die EU umzuziehen. Die Bayerische Staatsregierung ist spät dran, muss aber ihre

Chancen wahrnehmen. Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu und empfehlen höchste Beschleunigung.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Kein Widerspruch. Dann ist das hiermit beschlossen.